**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 59 (1980)
**Heft:** 4

**Buchbesprechung:** Literatur
**Autor:** [s.n.]

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

## Literatur

### Das Ringen um soziale Sicherheit in der Schweiz

Jürg H. Sommer. Eine politisch-ökonomische Analyse der Ursprünge, Entwicklungen und Perspektiven sozialer Sicherung im Widerstreit zwischen Gruppeninteressen und volkswirtschaftlicher Tragbarkeit. Verlag Rüegger, Diessenhofen. 796 Seiten, Fr. 48.–.

In einem 1. Teil wird hauptsächlich den Fragen nachgegangen, *warum* in der Schweiz soziale Sicherungsbedürfnisse entstanden sind, *wann und durch welche Bevölkerungsschichten, politischen Gruppierungen, Interessengruppen usw.* diese erstmals artikuliert wurden und in welchem Bereich sich die Idee der sozialen Sicherung zuerst verwirklichen liess.

Im 2. Teil wird hauptsächlich detailliert analysiert und empirisch belegt, welches die massgebenden *Interessenkonflikte* im sozialen Sicherungsbereich sind und welche Interessen sich letztlich durchsetzen konnten, wer eigentlich die soziale Sicherungspolitik in der Schweiz macht und wo die entscheidenden Hemmnisse für die konstatierte Innovationsschwäche liegen. Mit Hilfe der Analyse Hunderter von Protokollseiten der vorparlamentarischen und parlamentarischen Kommissionen, der Bulletins der Bundesversammlung, des Studiums der vom Bundesamt für Sozialversicherung erstellten Entscheidungsunterlagen sowie der Befragung von massgebenden Beteiligten wird daher der Verlauf der *politischen Auseinandersetzungen* bei der Suche nach einem tragfähigen Kompromiss den einzelnen Zweigen der sozialen Sicherung genau nachgezeichnet, wobei die Rollen von Experten und Interessenvertretern vor den Kulissen der Konkordanzdemokratie besonders hervorgehoben werden. Es wird insofern auch ein Beitrag zur *Empirie des Expertenwesens* in der Schweiz geleistet, wobei vor allem versucht wird,

1. etwas Licht ins Dunkel des *vorparlamentarischen Willensbildungs- und Entscheidungsverfahrens* im Hinblick auf das Beispiel «soziale Sicherung» zu bringen und
2. die von aussen kaum auszumachenden Unterschiede zwischen wissenschaftlichen Experten und interessenpolitischen Exponenten, zwischen dominierenden Einzelpersönlichkeiten und schwachen Trägern von Alibifunktionen sowie von zwar ideenreichen, aber chancenlosen Aussenseitern zu verdeutlichen.

Dabei werden bewusst die an den untersuchten Entscheidungsprozessen beteiligten Personen *namentlich* erwähnt, allerdings ohne die Absicht, irgendwelche Sündenböcke für – nachträglich – erkannte Fehler oder Unzulänglichkeiten zu suchen. Es geht nur darum, zu zeigen, wie sehr z. B. im Bereich der Altersvorsorge die durch persönliche Antipathien, Animositäten, Prestigestandpunkte, Duzfreundschaften und einseitige oder nur bruchstückhafte Informationen geprägten Aushandlungsprozesse sich auf die erzielten Kompromisse ausgewirkt haben. Allein wenn dadurch eine

euphorische Überschätzung politischer Problemlösungsmöglichkeiten verhindert werden kann, hat dieses Buch schon einen wichtigen Zweck erfüllt. Noch erfreulicher wäre es natürlich, wenn durch die darin zum Teil enthaltenen scharfen Kritiken bei den betroffenen Handlungs- und Entscheidungsträgern ein Lernprozess ausgelöst werden könnte, der sich nicht nur darauf beschränken würde, ihre Aktivitäten noch mehr vor der Öffentlichkeit abzuschirmen.

**Die sieben mageren Jahre**

Balz Hosang. Schweizer Finanzpolitik auf dem Buckel der Schwachen. Mit Zeichnungen von Hans Sigg. Limmat Verlag. 100 S., kart., Fr. 11.–.

Mehr als eine halbe Milliarde Franken Steuergelder nimmt der Bund jährlich auf verfassungswidrige Weise ein: Sie werden vor allem von den Klein- und Mittelverdienern erbracht, die durch die Teuerung in zu hohe Belastungsstufen geraten sind. – Durch die Einführung der Mehrwertsteuer sollen die Bundesdefizite zum Verschwinden gebracht werden. Auch bei dieser Sanierung haben wieder die gleichen (kleinen) Einkommen die Hauptlast zu tragen. – Die Beispiele lassen sich vermehren. Finanzpolitik muss deshalb auch als Sozialpolitik verstanden werden. Denn es geht um die Wahl von gerechten oder weniger gerechten Steuersystemen.

In den sieben mageren Jahren der Schweizer Bundesfinanzen sind Sparmassnahmen zum politischen Dauertraktandum geworden. Ein grosser Teil der Einsparungen entfällt dabei auf den Sozialbereich, wo eine Lastenumverteilungsübung grossen Stils im Gang ist. Auch hier ist der Leidtragende meist der Kleinverdiener. Einmal mehr: Finanzpolitik ist auch Sozialpolitik.

Kein anderes Thema hat den Schweizer Stimmbürger in den letzten Jahren so oft beschäftigt wie die Finanzpolitik. Stellt man die vielen einzelnen Vorlagen in einen grösseren Zusammenhang, so stellt man fest, dass die scheinbare Planlosigkeit durchaus System hat: Mit unschöner Regelmässigkeit ist der Klein- und Durchschnittsverdiener der Geprellte.

**Sozialgesetzgebung der Schweiz Ein Grundriss**

Edwin Schweingruber. Schulthess Polygraphischer Verlag Zürich. Etwa 300 Seiten, broschiert, etwa Fr. 58.–.

Die erste Auflage wurde 1955 herausgegeben, nach den unmittelbaren Auswirkungen der revidierten Wirtschaftsartikel, der Konsolidierung der Bundesgesetzgebung, die sich auf die stützte, und in einer Zeit der ansteigenden Konjunktur mit ungewissem Ausgang. Sozialpolitik, schon früher als Politik der kleinen Schritte bezeichnet, blieb dabei – sogar mit zwei Schritten vorwärts und einem Schritt zurück. Gleichwohl wurden vorgenommene Zwecke zu erfüllen und Zielvorstellungen zu verwirklichen versucht. Einzelne grosse Würfe gelangen, so bei der AHV und IV, oder im

Arbeitsrecht. Häufiger wurden Neuerungen nicht im ersten Anlauf, sondern im Nachstoss erzielt – auf der Verfassungs- und Gesetzesebene. Im ganzen ist die Sozialgesetzgebung (sozialpolitische Gesetzgebung) aufgeteilt in viele Sachgebiete und kaum in den Einzelheiten zu beschreiben. Der Verfasser hilft mit originellen Tafeln und vermittelt mit ihnen einen anschaulichen Überblick.

Am Anfang des Buches werden die Grundbegriffe soziale Frage, Sozialpolitik, soziale Sicherheit erörtert. Als Jurist, ehemaliger Richter und Hochschullehrer mit Erfahrung lässt der Verfasser sich nicht von Zielvorstellungen, die immerhin nicht übersehen werden, bestimmen. Die Sozialpolitiker ziehen nicht am selben Strick, aber in derselben Richtung – und die Sozialpolitik bewegt sich doch! Die Vorstellungen über soziale Sicherheit und über einen Rechtsstaat, der sozial ausgerichtet werden kann, reifen, in der Schweiz auf ihre besondere Art, im Licht und Schatten der Volksabstimmungen. Das alles wird im einzelnen in den vier Kapiteln des zweiten Teils juristisch-konstruktiv dargestellt und durch die sozialpolitischen Zwecke gerechtfertigt.

Die Schweiz ist ein kleines Land. Im Hintergrund stehen zwei weltweite Gesichtspunkte: die internationalen Erklärungen und Übereinkommen zur Verwirklichung sozialer Sicherheit, deren drei im Buch abgedruckt sind. Sodann droht die Entwicklungsfrage in der Dritten Welt, als ein Menetekel mit brennenden Buchstaben an die Wand gemalt, gegenüber den Bemühungen in der kleinen Schweiz um gerechtere Arbeits- und Lebensbedingungen. Der «Bericht Wahlen» für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung (1973) wird gebührend herangezogen, wie überhaupt das Verfassungsrecht ausgiebig dargestellt wird. Wirtschaftlich gesehen haben die Beschäftigungseinbrüche seit 1974 und heute manche vergessene sozialpolitische Fragen wieder aktiviert.

So vermittelt das Werk Denkanstösse für Politiker, Juristen, Studierende der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, alle nachdenkenden Betrachter einer Entwicklung, die unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung ihr besonderes Gepräge verleiht.

**Mitbestimmung als Gewerkschaftsforderung**

Alfons Sonderegger. Die wirtschaftspolitische Rolle der Schweizer Gewerkschaften am Beispiel der Mitbestimmung. Verlag Rüegger, Diessenhofen. 426 Seiten, Fr. 28.–.

Die Niederlage der Mitbestimmungsinitiative der Schweizer Gewerkschaften im März 1976 bedeutete einen Rückschlag für die Befürworter einer umfassenden Mitbestimmung, welche auch die Unternehmungsebene einbezieht. Mit der Vernehmlassung über den Verfassungsvorschlag der nationalrätlichen Kommission sowie über die Motionen von Morel (SPS) und Egli (CVP), die im Frühsommer 1979 zu Ende ging, wurde eine neue Runde in der Mitbestimmungskampagne eingeleitet. Ende 1979 oder

anfangs 1980 wird die Botschaft des Bundesrates an das Parlament erwartet. Aufwind erhielten die Mitbestimmungsbefürworter durch den Entscheid des deutschen Bundesverfassungsgerichtes vom 1. März 1979, das Mitbestimmungsgesetz von 1976 sei verfassungsgemäss und verletze kein Grundrecht, weder die Eigentumsgarantie noch die Vertragsfreiheit, ebenso gewährleiste es die Tarifautonomie.

In der vorliegenden Arbeit wird neben dem theoretischen Hintergrund der Mitbestimmungsforderung besonders die schweizerische Situation beleuchtet:

- der Standort der Schweizer Gewerkschaften und ihre politischen Möglichkeiten
- die Entwicklung des Mitbestimmungsgedankens innerhalb der Gewerkschaften
- der Verlauf der Mitbestimmungsdiskussion vorab in der 70er Jahren, die Parlamentsdebatte von 1974
- die Reaktionen der Gewerkschaftsbasis sowie die aktuellen Mitbestimmungsmodelle und -vorstellungen von Parteien und Verbänden.

Dass sich die Mitbestimmung in der Schweiz derart schwer tut, hängt wesentlich mit der Struktur der Wirtschaft und jener der Arbeiterschaft zusammen, auf die darum auch näher eingetreten wird. Die kooperative, gemässigte und integrative Art der Schweizer Gewerkschaften wurde von den Unternehmern schlecht belohnt, was ihr massiver Widerstand gegen die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsideen belegt. Die Gewerkschaften selber stehen vor dem Problem, einerseits ihre politischen Einflussmöglichkeiten auszubauen, wozu Grösse und einheitliches Vorgehen dienlich sein können, andererseits aber die dadurch entstehende Gefahr der Basisdistanz aufzufangen. Lösungsansätze könnten in der Schaffung von starken und lebendigen Betriebsgruppen, der Verbesserung der innergewerkschaftlichen Demokratie, im Ja zu kleinen, überschaubaren Verbandseinheiten (das heisst Nein zur Einheitsgewerkschaft) und in der gleichzeitigen Bejahung von wirkungsvollen Aktionsgemeinschaften liegen, die auf Einheit in der Sache statt in der Organisation hinzielen.

Mit der Darstellung der Entstehungsgeschichte der Mitbestimmungsidee innerhalb der schweizerischen Gewerkschaften dürfte das Buch eine gewichtige Lücke füllen. Es leistet all jenen gute Dienste, die sich einen Überblick über die derzeit in der Schweiz diskutierten Mitbestimmungs- und Mitwirkungsvorschläge (Gesetze, Modelle) verschaffen wollen. Es richtet sich besonders an Leser, die an Arbeitnehmerfragen interessiert sind, weiter an Gewerkschafter, Unternehmer und Politiker.